

§ 4. (1) Soweit es nach geltenden Gesetzen rechtserheblich ist, welche deutsche Landesangehörigkeit ein Reichsangehöriger besitzt, ist fortan maßgebend, in welchem Lande der Reichsangehörige seine Niederlassung hat.

(2) Fehlt dieses Merkmal, so treten an seine Stelle der Reihe nach:

1. die bisherige Landesangehörigkeit;
2. die letzte Niederlassung im Inlande;
3. die bisherige Landesangehörigkeit der Vorfahren;
4. die letzte Niederlassung der Vorfahren im Inlande.

(3) Im Zweifel entscheidet der Reichsminister des Innern.

§ 5. Die Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Für die Zeit zwischen diesem Tage und dem Tage des Inkrafttretens des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 bleiben die bisherigen Bestimmungen maßgebend.

in Kraft getreten am 7. Februar 1934.

Berlin, den 5. Februar 1934.

Der Reichsminister des Innern
Frick

Obwohl diese Verordnung suggeriert, daß etwas NEUES ausgearbeitet wurde, wird tatsächlich noch immer das RuStag angewendet, wo lediglich die erste Bedingung entfernt wurde. Übrig blieb lediglich der zweite Teil mit der „unmittelbaren Reichsangehörigkeit“, welcher auf Grund des Fehlens der Schutzgebiete/Kolonien seit dem Inkrafttreten der Verfassung des Deutschen Reiches 1919 KEINEN Bestand mehr hatte und hätte gelöscht werden müssen!!!

Die Schutzgebiete/Kolonien gehörten NICHT mehr zum Deutschen Reich und diese Bedingung des RuStag hätte eigentlich wegfallen müssen!!!!

Auch in dieser Zeit wurden die Preußischen Menschen NICHT zu Deutschen!!!

Die „Deutsche Staatsangehörigkeit von 1945 – 01.01.2000 “

Die deutsche Staatsangehörigkeit wird durch das RuStag (nur noch die unmittelbare Reichsangehörigkeit) und das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Artikel 116 geregelt. So wurde eine Situation erzeugt, in welcher zwei Gerichtsbarkeiten zuständig sind zum einen die Verwaltungsgerichtsbarkeit und auf der anderen Seite die Verfassungsgerichtsbarkeit. Durch diesen Umstand ist keine endgültige Entscheidung bezüglich des Staatsangehörigkeitsrechts möglich, da es kein Obergericht in der Bundesrepublik gibt. Die Staatsangehörigkeit begründet sich immernoch auf der „unmittelbaren Reichsangehörigkeit“, welche keinen Bestand hat.

Auch in dieser Zeit wurden die Preußischen Menschen NICHT zu Deutschen!!!

Die „Deutsche Staatsangehörigkeit von 01.01.2000 - heute “

Das RuStag wird umbenannt und in StaG geändert und es wird suggeriert, daß es sich um ein Gesetz aus dem Jahre 1914 handelt (siehe Ausfertigungsdatum StaG). Der Inhalt hat mit dem RuStag kaum noch etwas gemein. Der Paragraph 1 lautet „ Deutscher ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit **BESITZT**“. Diese Formulierung wird auch in das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Artikel 116 eingefügt, welches als deutsche Verfassung bezeichnet wird. Die neue Grundlage der deutschen Staatsangehörigkeit ist nun der Staatsangehörigkeitsausweis, welcher beantragt werden muß!!! Auf Grund der Tatsache und der Existenz des Artikel 10 des EGBGB oder neuerdings des BGBEG ist es unmöglich die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen.

Warum ist es **NICHT** möglich?

Antwort: Die Grundvoraussetzung für den Staatsangehörigkeitsausweis ist eine Geburtsurkunde. Grundvoraussetzung für die Geburtsurkunde ist der Staatsangehörigkeitsausweis...wie soll das möglich sein?

Eine Klärung vor Gerichten ist unmöglich, da noch immer zwei Gerichte der Gerichtsbarkeit zuständig sind. Ein Obergericht gibt es in der Bundesrepublik Deutschland **NICHT**!!!

Auch in dieser Zeit wurden die Preußischen Menschen NICHT zu Deutschen!!!

Fazit: Die Preußischen Menschen und die Menschen der Preußischen STAATEN waren **NIEMALS** und sind **KEINE** Deutschen!!!!

Deutsch ist eine Erfindung um den STAAT Preußen, die Preußischen STAATEN und die Menschen und Bürger dieser Gebiete zu vernichten!!! Offenkundig wird dieser Plan weiterverfolgt und von der gesamten **WELT** getragen!!!